



Update aus Berlin

Juli 2024

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2025 steht!



Mehr Geld für Arbeitnehmer:innen und ihre Familien!



Soziale Sicherheit und stabile Renten!



Investitionen in Bildung und Infrastruktur!



Wachstumsimpulse für Arbeitsplätze!

Zitat der Woche:

„Die Regierung wird ein gemeinsames Konzept vorlegen, und es wird sie überraschen (...).“

Bundeskanzler Olaf Scholz während seiner Regierungserklärung am Mittwoch

Themen

1. Haushalt 2025
2. Wir stärken die Landwirtschaft
3. Finanzausgleichsgesetz 2024
4. Regierungsbefragung mit Olaf Scholz
5. Balkonkraftwerke und digitale Eigentümerversammlungen
6. Florian Rose aus Ahlen im Bundestag
7. Austausch mit dem Bund deutscher Baumeister
8. Einblicke in die Sitzungswoche
9. Aus Berlin für den Kreis Warendorf

Liebe Leserinnen und Leser,

die Regierung arbeitet daran, für 2025 den Haushaltsentwurf auf den Weg zu bringen. Uns ist klar: Wir müssen Schwerpunkte setzen. In Zeiten von Kriegen und Krisen kann ein einseitiger Sparkurs nicht die Antwort sein. Kürzungen im Sozialbereich stellen wir uns entschieden entgegen.

Über viele Jahre hat es in Deutschland unter Führung von CDU/CSU keine Reformen zur nachhaltigen Stärkung der Landwirtschaft gegeben. Diese Versäumnisse korrigieren wir jetzt. Wir haben ein Agrarpaket beschlossen, mit dem wir den Landwirtinnen und Landwirten unter die Arme greifen. Um Gewinnschwankungen aufgrund wechselnder Witterungsbedingungen abzumildern, verlängern wir die steuerliche Gewinnglättung für Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft. Wir stärken darüber hinaus die Stellung der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungskette. Das heißt: Wir schützen sie unter anderem vor unfairen Preisen für Agrarprodukte. Und wir befreien unsere Landwirtschaft von übermäßiger Bürokratie.

In dieser Woche haben wir eine Reform des Schwangerschaftskonfliktgesetzes beschlossen. Jede Frau entscheidet selbstbestimmt und ohne äußere Beeinflussungsversuche über ihren Körper. Deshalb haben wir Schwangere Frauen sollen künftig ungestörten Zugang zu Beratungsstellen und Praxen erhalten, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen oder sich dazu beraten lassen wollen. Solche Gehsteigbelästigungen werden künftig mit einem Bußgeld bestraft.

Das Ergebnis des ersten Wahlgangs der vorgezogenen Neuwahlen in Frankreich kann uns nicht kalt lassen. Die Rechtsextremen haben deutlich gewonnen. Frankreich ist unser engster Partner in Europa, es ist nicht auszudenken, wenn ein Rückschlag es für Europa wäre, wenn eine rechtsextreme Partei dort in Regierungsverantwortung käme. Die Stichwahlen finden am Sonntag statt. Ich hoffe, dass der Schulterschluss zwischen Regierungs- und Linksbündnis gegen Rechts in der zweiten Wahlrunde wirkt.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße,

Berndt Scholz

Mit dem Haushaltsentwurf 2025 und der Wachstumsinitiative setzen wir wichtige Impulse für ein sicheres, wettbewerbsfähiges und zukunftsfähiges Deutschland. Wir halten die Schuldenbremse ein und nutzen den möglichen Verschuldungsspielraum verantwortungsvoll.

Wesentliche Punkte des Haushalts 2025:

- **Rekordinvestitionen:** Im Jahr 2025 erhöhen wir die Investitionsausgaben des Bundes auf rund 57 Milliarden Euro. Weitere 40 Mrd. Euro kommen aus dem Klima- und Transformationsfonds sowie für die EEG-Umlage-Entlastung hinzu. Dies stärkt Schienen, Straßen, Nahverkehr und digitale Infrastruktur sowie Bahn und Autobahn
- **Sicherheit und Verteidigung:** Aufgrund der Bedrohung durch den Ukraine-Konflikt erhöhen wir die Verteidigungsausgaben. Die NATO-Quote von 2% des BIP wird übertroffen und erreicht 80 Mrd. Euro. Unsere Unterstützung für die Ukraine bleibt hoch.
- **Innere Sicherheit:** Rund eine Mrd. Euro zusätzlich fließen in die Sicherheitsbehörden, Katastrophenschutz, Technisches Hilfswerk und den Zoll. Dies ist ein wichtiges Zeichen in unruhigen Zeiten.
- **Steuerliche Entlastungen:** Durch den Abbau der kalten Progression und weitere Maßnahmen entlasten wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Jahren 2025 und 2026 um 23 Mrd. Euro. Unternehmen und Selbstständige profitieren von steuerlichen Verbesserungen.
- **Gesellschaftlicher Zusammenhalt:** Wir erhöhen das Kindergeld und den Kinderfreibetrag, unterstützen berufstätige Eltern mit dem Kinderzuschlag und setzen das Kita-Qualitätsgesetz fort. Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler erhalten jährlich eine Mrd. Euro zusätzlich.

- **Wohnraum:** Wir fördern weiterhin bezahlbaren Wohnraum und setzen die soziale Wohnraumförderung bis 2028 mit über 20 Milliarden Euro fort. Familien erhalten eine Milliarde Euro für klimaneutralen Neubau.
- **Klimaschutz und Innovation:** Der Klima- und Transformationsfonds bleibt zentral für Energiewende und Klimaschutz. Wir stellen drei Milliarden Euro für Forschungsvorhaben bereit und fördern die Halbleiterindustrie.

Mit diesen Maßnahmen stärken wir die Wirtschaft, sichern Arbeitsplätze und sorgen für mehr Wachstum. Wir sorgen für soziale Sicherheit, indem wir Rente, Pflege und Krankenversicherung stabilisieren und das Kindergeld erhöhen. Gleichzeitig bekämpfen wir Missbrauch im Sozialsystem.

Unsere Solidarität mit der Ukraine bleibt unerschütterlich. Als SPD setzen wir uns weiterhin für eine Finanzpolitik ein, die Investitionen in unsere Infrastruktur, Wirtschaft und Sicherheit ermöglicht.

Wie geht es jetzt weiter?

Der Haushaltsentwurf wird im Juli im Kabinett beschlossen und dann im Parlament beraten. Auch dort werden wir uns dafür einsetzen, unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte erfolgreich durchzusetzen.

Es ist gut, dass die Bundesregierung in diesen Zeiten einen tragfähigen Kompromiss vorgelegt hat. Als SPD kämpfen wir weiter für eine Finanzpolitik, die mehr Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur, die Modernisierung unserer Wirtschaft und die innere und äußere Sicherheit möglich macht. Unsere Beschlüsse des Bundesparteitags 2023 sind dafür zentral.

Wir stärken Landwirte in der Wertschöpfungskette.

Unfaire Preise für die Landwirt:innen, kurzfristige Stornierungen oder verzögerte Zahlungen: Unlautere Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelindustrie sind vielfach Realität in Deutschland und gehen vor allem zu Lasten der regionalen Erzeuger und bäuerlichen Betriebe.

Vor mehr als drei Jahren haben wir deshalb mit dem Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz – kurz: AgrarOLkG – erstmals einen Mindeststandard zum Schutz von Lieferanten landwirtschaftlicher Produkte geschaffen und zahlreiche unlautere Handelspraktiken verboten. Zwei Jahre nach Inkrafttreten haben wir das Gesetz evaluiert – und bessern es nun nach. Bislang galt das AgrarOLkG befristet auch für Lieferanten bestimmter Produktgruppen wie Milch, Obst und Gemüse. Diese haben besonders vom Verbot unlauterer Handelspraktiken profitiert, deshalb soll es nun unbefristet gelten. Zudem ergänzen wir das Gesetz um ein Umgehungsverbot, damit entsprechende Vorgehen nicht ausgehebelt, sondern besser überprüft werden können. Und wir verbessern die Arbeit der Prüfbehörden: Bisher musste bei Verstößen das Bundeskartellamt den von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung verhängten Sanktionen immer zustimmen. Künftig kann die Bundesanstalt unabhängig agieren. Zugleich stärken wir den Informationsaustausch zwischen beiden Behörden.

Stabile Einkünfte für Landwirtschaft sichern

Wechselnde Witterungsbedingungen wie beispielsweise Dürreperioden führen immer häufiger zu Gewinneinbußen in der Landwirtschaft. Vor allem kleinere und mittlere land- und forstwirtschaftliche Betriebe haben damit zu kämpfen, da sie kaum Rücklagen zur Überbrückung von Ernteaussfällen besitzen.



Um diese Betriebe in schwierigen Zeiten zu unterstützen, besteht seit 2014 eine steuerliche Gewinnglättung im Einkommensteuergesetz. Da diese Regelung bis 2022 befristet war und die Betriebe immer noch mit schwierigen Witterungsbedingungen zu kämpfen haben, haben wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der steuerlichen Gewinnglättung in den Bundestag eingebracht.

Der Entwurf sieht vor, die Tarifiermäßigung bei der Einkommensteuer bis 2028 zu verlängern. Sie gilt für zwei Betrachtungszeiträume: 2023 bis 2025 sowie 2026 bis 2028. Konkret wird die Einkommensteuer nicht auf die Einkünfte von jedem einzelnen Jahr erhoben, sondern auf das durchschnittliche Einkommen der beiden Drei-Jahres-Zeiträume. Dadurch wird die überproportionale Erhöhung der Einkommensteuer bei steigenden Einkünften abgedämpft, so dass den Betrieben mehr Gewinn bleibt.

Wir stärken Landwirte in der Wertschöpfungskette.

Für eine sozialverträgliche Landwirtschaft

Um Direktzahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU zu erhalten, müssen Landwirt:innen bestimmte Anforderungen („Konditionalitäten“) erfüllen. Dazu zählen bisher die Standards für die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) sowie die Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB). Diese Grundanforderungen adressieren Themen wie den Umwelt- und Tierschutz, die Lebens- und Futtermittelsicherheit, die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren sowie den Pflanzenschutzmitteleinsatz. Werden die Anforderungen nicht eingehalten, können die Zahlungen gekürzt werden.

Bei der letzten GAP-Reform auf EU-Ebene wurde beschlossen, GAB und GLÖZ um eine soziale Komponente zu erweitern (die sogenannte „soziale Konditionalität“). Das bedeutet, dass europäische Direktzahlungen aus der GAP ab dem 1. Januar 2025 an die Einhaltung von Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards geknüpft werden.

Verstöße gegen die bestehenden Verpflichtungen werden künftig mit Kürzungen der GAP-Direktzahlungen geahndet.

Um die soziale Konditionalität in Deutschland einzuführen, hat der Bundestag in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes beschlossen. Die Anforderungen für die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und Arbeitgeberverpflichtungen werden in einer eigenen Rechtsverordnung konkretisiert.

Mit einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen soll überdies die GAP entbürokratisiert und die Öko-Regelungen gestärkt werden. Mitgliedstaaten sollen künftig bei witterungsbedingten Erschwernissen von den GLÖZ-Standards abweichen können. Hinzu kommt, dass die Betriebe nicht mehr vier Prozent ihrer Flächen stilllegen müssen. Um die Weidehaltung in milchviehhaltenden Betrieben und Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität zu fördern, können künftig Mittel, die bei den Basisprämien nicht abgerufen werden, für neue Öko-Regelungen genutzt werden.



Umsatzsteuerverteilung ändern –Finanzausgleichsgesetz 2024

Flichtmigration zu bewältigen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb unterstützt der Bund die Länder und Kommunen bei ihren Aufgaben auch finanziell. So haben der Bundeskanzler und die Regierungschef:innen der Länder vereinbart, die bisher bestehende feste Flüchtlingspauschale von jährlich 1,25 Mio. Euro ab 2024 zu einem „atmenden System“ weiterzuentwickeln. Dieses System sieht eine jährliche Pauschale von 7.500 Euro pro Asyl-erstantragsteller vor. Für 2024 wurde ein Abschlag von insgesamt 1.75 Milliarden Euro vereinbart. Ab 2025 dient das tatsächliche Geflüchtetenaufkommen als Grundlage. Umgesetzt wird diese finanzielle Unterstützung, indem der Bund auf Umsatzsteueranteile zugunsten der Länder verzichtet. Dafür wird mit dem Gesetzesentwurf „zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes“ (FAG-Änderungsgesetz 2024) die vertikale Umsatzsteuerverteilung für 2024 bis 2028 angepasst.

Außerdem erhalten die Länder zusätzliche Umsatzsteueranteile von jährlich jeweils 100 Millionen Euro in den Jahren 2024 bis 2028, damit sie die finanziellen Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Erstellung kommunaler Wärmepläne tragen können.



Durch das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) gilt erstmals eine bundesweite Pflicht zur Wärmeplanung. Es ist Aufgabe der Länder, diese Wärmeplanung durchzuführen. Der Bund unterstützt die Länder hierbei mit insgesamt 500 Millionen Euro.

Über einen Änderungsantrag stellen wir u.a. den Ländern die zugesagten Mittel für das Startchancenprogramm und den öffentlichen Gesundheitsdienst zur Verfügung. Konkret wird für das Startchancenprogramm der Umsatzsteueranteil der Länder für 2024 um 300 Millionen Euro, von 2025 bis 2029 um jeweils 600 Millionen Euro jährlich zu Lasten des Bundes erhöht.

Zur Umsetzung des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst wird der Umsatzsteueranteil der Länder für 2024 um zusätzlich 600 Millionen Euro zu Lasten des Bundes erhöht.



(c) Deutscher Bundestag/ Lorenz Huter/ phototek

Am Mittwoch hatte Bundeskanzler Olaf Scholz die Gelegenheit, sich bei der Regierungsbefragung im Bundestag den Fragen der Abgeordneten zu stellen.

Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Ankündigung eines "Wachstumsturbos" für die deutsche Wirtschaft. Scholz betonte, dass die Ampelkoalition derzeit intensiv an einer Reihe kluger Maßnahmen arbeitet, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Diese sollen zusammen mit dem Entwurf des Bundeshaushalts für das kommende Jahr vorgestellt werden.

Der Kanzler versicherte, dass der Zeitplan für den Haushalt eingehalten wird: Der Entwurf soll noch in diesem Monat im Bundeskabinett beschlossen werden, und der Bundestag wird nach der Sommerpause darüber beraten, um ihn zum Jahresende zu beschließen. Die Leitlinien für den Haushalt 2025 sind klar definiert: Sicherheit, Wachstum und Zusammenhalt für die Zukunft.

Zudem kündigte Scholz Steuerentlastungen an, insbesondere durch Forschungsförderungen und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, um die Wachstumspotenziale Deutschlands zu fördern.

Er zeigte sich zufrieden mit der Beschleunigung der Planungsprozesse, die in den letzten zwei Jahrzehnten eine erhebliche Verbesserung erfahren haben, was sich insbesondere im Ausbau der erneuerbaren Energien zeigt.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Verteidigungspolitik. Scholz bekräftigte, dass Deutschland das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, auch in den kommenden Jahren einhalten wird, hier gab er sein Versprechen. Auch wenn das Sondervermögen für die Bundeswehr aufgebraucht ist, bleibt dieses Ziel bestehen.

In Bezug auf den Ukraine-Krieg versicherte Scholz, dass Deutschland nicht zur Kriegspartei werden wird. Ein Waffenstillstand, der eine Kapitulation der Ukraine beinhaltet, sei für Deutschland wie auch für die SPD inakzeptabel. Scholz kritisierte das Friedensangebot des russischen Präsidenten Wladimir Putin scharf und bezeichnete es als zynisch.

Ich finde, die heutige Befragung zeigte einen Kanzler, der klare Ziele für die Zukunft Deutschlands formulierte. Es bleibt zu hoffen, dass die angekündigten Schritte tatsächlich den erhofften Wachstumsschub bringen werden.

Balkonkraftwerke und digitale Eigentümerversammlungen

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche abschließend beraten haben, regelt den Einbau von sogenannten „Balkonkraftwerken“ und die Durchführung von virtuellen Eigentümerversammlungen.

Wir treiben die Energiewende im Wohnbereich voran, indem es künftig leichter wird, kleine Photovoltaikanlagen auf dem Balkon zu betreiben. Wohnungseigentümer:innen und Mieter:innen haben dann einen Anspruch darauf, dass der Installation von Steckersolargeräten auf eigene Kosten zugestimmt wird, und sie auf ihrem Balkon Strom zur Selbstnutzung produzieren können. Im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht wird dafür die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufgenommen. Der Einbau kann dann nicht mehr an einem Veto der Wohnungseigentümerversammlung scheitern.

Außerdem regelt der Entwurf wie Wohnungseigentümerversammlungen künftig durchgeführt werden. Vorgesehen war im Regierungsentwurf, dass diese Versammlungen künftig rein digital sein können, wenn sich 75 Prozent der Eigentümer:innen dafür aussprechen.

Dieses Anliegen teilen wir grundsätzlich, um schneller und effektiver Beschlüsse fassen zu können, etwa mit Blick auf die Beantragung von Fördergeldern für energetische Sanierungen. Hier kann häufig nicht bis zur Jahresversammlung der WEG gewartet werden, weil sonst die Fördertöpfe oft schon leer sind. Allerdings dürfen dadurch andere Personen nicht ausgeschlossen werden, etwa ältere oder weniger technikerprobe Wohnungseigentümer:innen.

Im parlamentarischen Verfahren konnten wir einen guten Kompromiss erzielen: Wird per Mehrheitsbeschluss entschieden, dass die Eigentümerversammlungen rein digital stattfinden sollen, wird bis einschließlich 2028 dennoch einmal jährlich eine Präsenzveranstaltung stattfinden. Hierauf können die Wohnungseigentümer:innen durch einstimmigen Beschluss verzichten. Dies ermöglicht, große und strittige Themen persönlich in der Jahresversammlung miteinander zu besprechen und dennoch kleinere oder eilbedürftige Entscheidungen schnell per Videokonferenz klären zu können.



(c) Stadwerke Unna

Florian Rose aus Vorhelm: Praktikum in Berlin

In den vergangenen vier Wochen hatte ich die Freude, Florian Rose aus Ahlen-Vorhelm als Praktikanten in meinem Bundestagsbüro in Berlin zu begrüßen. Der 19-jährige Wirtschaftsabiturient hat mich in dieser Zeit bei allen meinen Aufgaben und Terminen begleitet und dabei tiefgehende Einblicke in die parlamentarische Arbeit erhalten.

Vom ersten Tag an zeigte Florian großes Interesse an den Abläufen im „Hohen Haus“. Er nahm an den Sitzungen meiner Ausschüsse Bau und Finanzen und Arbeitsgruppen teil, zudem begleitete mich zu einer Vielzahl von Terminen. Florian sagte dazu: „Besonders beeindruckt hat mich, wie vielfältig und eng getaktet die Arbeitstage während der Sitzungswochen des Bundestages sind“. Florian war eine wertvolle Unterstützung für mein Team und mich. Seine Bereitschaft, sich in die verschiedensten Aufgaben einzuarbeiten, und seine schnelle Auffassungsgabe waren hilfreich.

Ich bin überzeugt, dass Florian aus seinem Praktikum im Deutschen Bundestag viele wertvolle Erfahrungen mitnehmen wird. Seine Zeit bei uns hat ihm viele neue Perspektiven eröffnet. Ich wünsche ihm für seinen weiteren Weg alles Gute.



Politischer Austausch mit dem Bund Deutscher Baumeister



In dieser Woche war Christoph Schild, der Präsident vom BDB für ein ausführliches Gespräch bei mir im Büro zu Gast. Der BDB ist der größte gemeinsame Berufsverband von Architekt:innen, Ingenieur:innen, Vermesser:innen und Stadtplaner:innen. Wir haben uns unter anderem ausgetauscht über die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, die aktuelle Situation im Wohnungsbau und die Möglichkeiten des klimafreundlichen Planens und Bauens.

Auch Themen wie das Vergaberecht und die Ökobilanzierung standen auf der Tagesordnung. Ein wichtiger Austausch für die Zusammenarbeit von Politik und Praxis - Danke!

Kommunalkonferenz im Bundesministerium der Finanzen

Bei der Kommunalkonferenz im Bundesfinanzministerium drehte sich alles um die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen. Die finanzielle Situation unserer Städte und Gemeinden steht derzeit vor großen Herausforderungen. Nach einem Jahrzehnt positiver Salden sind die Kommunen erstmals 2023 wieder mit 6,7 Mrd. Euro ins Defizit gerutscht. Diese Entwicklung ruft dringende Fragen und Handlungsbedarf hervor: Wie kann den Kommunen geholfen werden? Wie sichern wir die Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden?

Die Fachkonferenz bot eine Plattform für einen intensiven Austausch zwischen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Kommunen – auch dank erheblicher Unterstützung durch den Bund – insgesamt gut durch die Krisen gekommen sind. Dabei war ihre finanzielle Lage mit Blick auf die Verschuldungssituation oder die kommunale Investitionstätigkeit weiterhin durch erhebliche Disparitäten gekennzeichnet. Seit dem vergangenen Jahr hat sich die kommunale Finanzlage insgesamt verschlechtert. In den kommenden Jahren werden neben der bereits anspruchsvollen Aufgabe der Finanzierung der bestehenden Infrastruktur und der Daseinsvorsorge weitere Aufgaben – vor allem im Bereich Klimawandel – auf die Kommunen zukommen. Vielfach wird befürchtet, dass die Kommunen an ihre finanziellen Grenzen stoßen werden.

Die Fachkonferenz sollte vor diesem Hintergrund in drei Themenblöcken erörtern, ob die gegenwärtigen Strukturen der Kommunalfinanzierung dazu geeignet sind, alle Kommunen in die Lage zu versetzen, ihren Aufgabenverpflichtungen nachzukommen und in die Zukunft zu investieren.



Hierbei wurden nach einer ersten Bestandsaufnahme konkrete Lösungsansätze diskutiert, die angesichts der angespannten Lage aller öffentlichen Haushalte zu einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Einnahmen führen können.

Dabei ging es sowohl um Lösungsansätze zur Verringerung der Disparität zwischen den verschiedenen Kommunen, als auch um eine nachhaltige kommunale Einnahmenstruktur. Die nächsten Schritte sind nun, die erarbeiteten Lösungsansätze konkret umzusetzen und den Dialog zwischen den Beteiligten weiter zu intensivieren. Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen meistern und unsere Kommunen zukunftsfähig aufstellen.

Einblicke in die Sitzungswoche

Die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ist immer auch die Zeit der Sommerfeste im Bundestag. Mein Team und ich hatten viel Spaß bei der Landesgruppe NRW, dem Hoffest der Fraktion, dem Sommerfest der Parlamentarischen Linken und natürlich bei unserem eigenen Abschlussfest, um die sitzungsfreie Zeit einzuläuten.



Aus Berlin für den Kreis Warendorf: Bundesmittel für den Denkmalschutz

Zwei Projekte im Kreis Warendorf erhalten Förderzusagen

Ich freue mich sehr, dass der Bund die Bedeutung dieser Denkmäler anerkennt und durch die Fördermittel ihre Zukunft sichert. Dies ist ein großartiges Signal für den Kreis Warendorf!

Das Sendenhorster Haus Leifert wird mit einer Bundesförderung von 265.000 Euro unterstützt. Haus Leifert ist ein prägendes Gebäude im Stadtbild von Sendenhorst. Der Erhalt dieses Gebäudes ist großartig, weil es zweifellos ortsbildprägend ist und die Geschichte der Stadt atmet. Es freut mich sehr, dass wir durch die Bundesmittel einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Pflege dieses kulturellen Erbes leisten können und zudem wichtigen Wohnraum schaffen.

Herzlichen Dank auch an die Sendenhorster Bürgermeisterin Reuscher für ihren Einsatz für das Projekt, ohne den der Antrag für die Förderung nicht zustande gekommen wäre.

Ebenfalls erfreulich ist die Förderzusage für die Christuskirche in Warendorf. Diese wird mit einer Summe von rund 12.900 Euro vom Bund unterstützt, der Betrag, der beantragt wurde. Die Christuskirche feiert in diesem Jahr ihr 125-jähriges Jubiläum. Passend dazu kann jetzt mit der Bundesförderung das historische Glockengeläut erweitert werden.

Opposition lobt Förderpolitik der Ampel

Es ist doch immer wieder erstaunlich zu sehen, wie sich manche Kollegen für Leistungen feiern, zu denen sie selbst keinen Beitrag geleistet haben. So auch bei uns im Kreis Warendorf, wo Oppositionsabgeordneter **Henning Rehbaum** in jüngster Zeit lautstark die erfolgreichen Fördersummen für den Denkmalschutz bejubelt.



Die Christuskirche in Warendorf

(Bild: Heimatverein Warendorf)



Haus Leifert in Sendenhorst

(Bild: KAI Architekten)

Aus der Opposition heraus ist es bekanntermaßen schwierig, solche Fördermittel zu akquirieren, doch das scheint Herrn Rehbaum wenig zu stören, wenn es darum geht, Lorbeeren einzuheimsen.

Es ist mein Anspruch und meine Aufgabe als wohnungs- und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, die Interessen unseres Kreises Warendorf zu vertreten und mich für die notwendigen Mittel für den Erhalt unserer kulturellen Schätze einzusetzen.

Vielleicht sollte Henning Rehbaum sich mehr auf die Möglichkeiten der Oppositionsarbeit konzentrieren, anstatt sich mit fremden Federn zu schmücken.